



An den Botschafter des Staates Israel
Herrn Yoram Ben-Zeev
Auguste-Viktoria-Str. 74-76
14193 Berlin

Bonn, den 6. März 2010

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wie wir durch eine Mitteilung der angesehenen Menschenrechtsorganisation „Defence of Children International“ erfahren, wurden am 11. Februar im Flüchtlingslager Al Jalazun in der Nähe von Ramallah 17 Kinder und Jugendliche verhaftet. Die Besatzungssoldaten drangen mitten in der Nacht in Häuser ein, terrorisierten die Familien und verschleppten die zum Teil erst 14-jährigen Söhne. Nach ausgedehnten Verhören, bei denen nach glaubhaften Zeugenaussagen Gewalt angewendet wurde, unterschrieben die Betroffenen in hebräisch abgefasste und damit für sie unverständliche Geständnisse. Demnach sollen sie Steine geworfen und in einigen Fällen Molotow-Cocktails gebastelt haben. Seit ihrer Verhaftung sitzen diese Kinder in Untersuchungshaft im Militärgericht von Ofer. Inzwischen wurde entschieden, dass die Jugendlichen bis zum Ende der gegen sie laufenden Verfahren in Haft bleiben.

Aber es kommt noch schlimmer: vor zwei Tagen, am 3. März wurde in Hebron ein zwölfjähriger Junge zusammen mit seinem siebenjährigen Bruder von israelischen Besatzungssoldaten verhaftet. Der verzweifelte Vater fand nach stundenlanger Suche nur den Siebenjährigen, offensichtlich psychisch und physisch mitgenommen. Seinen zwölfjährigen Sohn sah er erst nach beschwerlicher, aufwändiger Reise in einem Gerichtssaal des israelischen Militär-Camps Ofer bei Ramallah wieder, wo das Kind an Händen und Füßen gefesselt dem Militärrechte vorgeführt wurde. Da der Vater sich außer Stande zeigte, die verlangte Geldstrafe zu zahlen, verfügte der Richter die Verlängerung der Haft mindestens bis zur Vorlage der Anklageschrift durch den Militärstaatsanwalt. Ein zwölfjähriges Kind! Verhaftung, Drangsalierung und Strafverfolgung von Kindern verletzen Menschen- und Völkerrecht.

Sehr geehrter Herr Ben-Zeev,

als Vertreter Ihres Staates in Deutschland kann es Ihnen nicht gleichgültig sein, dass die öffentliche Meinung hierzulande angesichts solcher Vorgänge die Rolle Israels als Rechtsstaat zunehmend in Frage stellt. Bitte geben Sie sich nicht der Illusion hin, es handele sich dabei um die überzogene Kritik einiger friedensbewegter Randgruppen. Die als unmenschlich empfundene israelische Politik gegenüber den Palästinensern wird vielmehr von der Mehrheitsgesellschaft verurteilt, auch wenn sie sich aus Angst vor Antisemitismus-Vorwürfen nur zögernd äußert.

Auch uns beunruhigt die Zunahme des Antisemitismus. Gerade deshalb fordern wir Sie dringend auf, Ihre Regierung von dieser zunehmend negativen Wahrnehmung Israels in Deutschland zu unterrichten.

Eine Möglichkeit, dem Ansehensverlust Israels zu begegnen, wäre die Aufhebung der menschenverachtenden Blockade des Gaza-Streifens. Diesen und andere Schritte auf dem Weg zu einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts würde die deutsche Zivilgesellschaft begrüßen und unterstützen. Wir gehören dazu.

Mit freundlichen Grüßen

(Ulrike Vestring)

AG FrauenWegeNahost im Frauennetzwerk für Frieden e.V, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn,